



**Baden-Württemberg**  
REGIERUNGSPRÄSIDIUM FREIBURG  
Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau

**Information nach Art. 13 bzw. 14 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)**

**Die Landesbergdirektion - Ref. 97** - im Regierungspräsidium Freiburg verarbeitet **bei der Bearbeitung von Verfahren nach den unter Ziffer 3. aufgeführten Rechtsgrundlagen** personenbezogene Daten.

Wir nehmen den Schutz Ihrer persönlichen Daten sehr ernst. Mit diesen Hinweisen informieren wir Sie darüber, zu welchen Zwecken und auf welcher Rechtsgrundlage wir Ihre personenbezogenen Daten verarbeiten, an wen Sie sich in datenschutzrechtlichen Fragen wenden können und welche Rechte Sie nach der DS-GVO haben.

**1. Wer ist verantwortlich für die Datenverarbeitung?**

Referat 97 - Landesbergdirektion  
Regierungspräsidium Freiburg  
Sautierstr. 26  
79104 Freiburg  
Tel.: 0761/208-3000  
E-Mail.: [Abteilung9@rpf.bwl.de](mailto:Abteilung9@rpf.bwl.de)

**2. Wie erreichen Sie unsere Datenschutzbeauftragte bzw. unseren Datenschutzbeauftragten?**

Unsere Datenschutzbeauftragte bzw. unser Datenschutzbeauftragter ist erreichbar unter:

Beauftragter für den Datenschutz  
Regierungspräsidium Freiburg  
79083 Freiburg i.Br.  
Tel.: 0761/208-1047  
E-Mail: [Datenschutzbeauftragter@rpf.bwl.de](mailto:Datenschutzbeauftragter@rpf.bwl.de)

**3. Was sind der Zweck und die Rechtsgrundlagen der Verarbeitung der personenbezogenen Daten?**

**a) Zweck**

Wir erheben und verarbeiten Ihre Daten, um Verfahren nach den in Ziffer 3 b) aufgeführten Rechtsgrundlagen zu bearbeiten.

**b) Rechtsgrundlagen**

Die Verarbeitung erfolgt auf der Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e) DS-GVO, § 4 Landesdatenschutzgesetz (LDSG)

insbesondere in Verbindung mit

- dem Bundesberggesetz
- dem Landeseseilbahngesetz
- den Arbeitsschutzrecht (Arbeitsschutzgesetz, -verordnungen, Arbeitszeitgesetz)
- dem Sprengstoffrecht
- dem Immissionsschutzrecht (BlmschG, -Verordnungen)
- dem Wasserrecht
- dem Abfall- und Kreislaufwirtschaftsrecht
- dem Energiewirtschaftsgesetz
- den jeweiligen Verordnungen
- und dem Verfahrens-, Polizei- und Ordnungswidrigkeitenrecht.

Sofern der von Ihnen vorgetragene Sachverhalt besondere Kategorien personenbezogener Daten, z.B. Angaben über Gesundheit, religiöse Überzeugung oder ethnische Herkunft enthält, stützen wir unsere Verarbeitung zusätzlich auf Art. 9 Abs. 2 Buchstabe g) DS-GVO.

#### **4. Welche personenbezogenen Daten werden verarbeitet?**

Wir verarbeiten insbesondere:

- Vor- und Nachname, Titel
- Geburtsdatum/Geburtsort
- Kontaktdaten (bspw. Anschrift, E-Mail-Adresse, Telefonnummer)
- Bankverbindung
- Lebensläufe
- Auskünfte aus Registern (u.a. Grundbücher, Handelsregister, Zentralregister)

#### **5. Woher stammen Ihre Daten?**

Wir verwenden vor allem die personenbezogenen Daten, die Sie uns im Rahmen eines Verfahrens zur Verfügung gestellt haben. Darüber hinaus verarbeiten wir im Einzelfall auch weitere Informationen, die wir von den Behörden, Kommunen und anderen Stellen erhalten, die wir ggfs. zur Sachverhaltsklärung eingebunden haben.

#### **6. Wie verarbeiten wir diese Daten?**

Zur Durchführung des Verfahrens müssen wir den maßgeblichen Sachverhalt umfassend aufklären. Dabei legen wir Ihre Daten in einer Akte ab; zudem erfassen, verwenden und speichern wir diese auch elektronisch in unserem Regstersystem.

Die jeweils zuständigen Beschäftigten verwenden Ihre personenbezogenen Daten ausschließlich zur Bearbeitung Ihres Anliegens im Zusammenhang mit unseren Aufgaben.

## 7. Werden die personenbezogenen Daten weitergegeben?

Die personenbezogenen Daten geben wir nur dann an andere Stellen, Behörden oder Dritte weiter, wenn die Übermittlung gesetzlich zulässig, zur Sachverhaltsaufklärung erforderlich ist oder Sie in die Übermittlung eingewilligt haben.

In Betracht kommen dabei insbesondere folgende Empfänger:

- Andere Fachreferate
- Ministerien
- Andere Behörden
- Vorhabenträger
- Gerichte
- Rechnungshof
- Archive
- Amtliche Mitteilungsblätter
- Planungsbüros
- Dritte

## 8. Besteht eine Pflicht zur Bereitstellung personenbezogener Daten?

Eine Pflicht zur Bereitstellung der personenbezogenen Daten besteht grundsätzlich nicht. Diese Daten sind jedoch erforderlich, um das Verfahren vorschriftsmäßig zu bearbeiten und mit Ihnen Kontakt aufzunehmen.

## 9. Wie lange werden Ihre personenbezogenen Daten gespeichert?

Die personenbezogenen Daten werden so lange gespeichert und die Akten so lange aufbewahrt, wie dies zur Erfüllung unserer gesetzlichen Aufgaben erforderlich ist.

Gemäß der Gemeinsame Anordnung der Ministerien über die Verwaltung des Schriftguts der Behörden des Landes (AnO Schriftgut) werden die personenbezogenen Daten im Regelfall 10 Jahre aufbewahrt und gespeichert, soweit eine längere Speicherung nicht zur Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist. Die Frist beginnt mit Ablauf des Jahres, in dem der Vorgang abgeschlossen worden ist.

## 10. Welche Rechte haben Sie als betroffene Person?

Nach der Datenschutzgrundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

### a) Recht auf Widerspruch (Art. 21 DS-GVO)

Soweit wir Ihre personenbezogenen Daten zur Wahrnehmung unserer öffentlichen Aufgaben nach Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e) DS-GVO verarbeiten, können Sie der künftigen Verarbeitung Ihrer Daten aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit widersprechen. Der Widerspruch ist an die für die Datenverarbeitung verantwortliche Stelle (siehe Ziff. 1) zu richten.

### b) Recht auf Auskunft (Art. 15 DS-GVO)

Sie haben das Recht, von uns Auskunft darüber zu erhalten, ob und - wenn ja – welche personenbezogenen Daten wir von Ihnen verarbeiten. Der Antrag ist bei

der für die Datenverarbeitung verantwortlichen Stelle (siehe Ziff. 1) zu stellen.

**c) Recht auf Berichtigung (Art. 16 DS-GVO)**

Sie können von uns unverzüglich die Berichtigung Sie betreffender personenbezogener Daten verlangen, sofern diese nicht (mehr) zutreffend sind.

Bei unvollständigen Daten haben Sie - unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung - einen Anspruch auf Vervollständigung. Der Antrag ist bei der für die Datenverarbeitung verantwortlichen Stelle (siehe Ziff. 1) zu stellen.

**d) Recht auf Löschung (Art. 17 DS-GVO)**

Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen können Sie die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen. Die Anfrage ist an die für die Datenverarbeitung verantwortliche Stelle (siehe Ziff. 1) zu richten.

**e) Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DS-GVO)**

Unter den in Art. 18 DS-GVO genannten Voraussetzungen können Sie von uns die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen. Die Anfrage ist an die für die Datenverarbeitung verantwortliche Stelle (siehe Ziff. 1) zu richten.

**f) Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DS-GVO)**

Dieses Recht steht Ihnen nur bezüglich solcher personenbezogenen Daten zu, welche Sie uns selbst bereitgestellt haben. Sie können danach verlangen, dass wir Ihre Daten Ihnen selbst in einem maschinenlesbaren Format zur Verfügung stellen oder diese an einen anderen Verantwortlichen übermitteln. Dieses Recht besteht jedoch nur, wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben (Art. 6 Abs. 1 Buchstabe a) oder Art. 9 Abs. 2 Buchstabe a) DS-GVO) oder die Verarbeitung auf einem Vertrag gemäß Art. 6 Abs. 1 Buchstabe b) DS-GVO beruht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren erfolgt.

Dies gilt nicht, wenn die Verarbeitung der personenbezogenen Daten für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich ist, im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die den Regierungspräsidien übertragen wurde (Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e) DS-GVO). Der Antrag ist bei der für die Datenverarbeitung verantwortlichen Stelle (siehe Ziff. 1) zu stellen.

**g) Recht auf Widerruf der Einwilligung (Art. 7 Abs. 3 DS-GVO)**

Sofern die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten auf Ihrer Einwilligung beruht, haben Sie das Recht, ihre Einwilligung jederzeit zu widerrufen. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt. Der Widerruf ist an die für die Datenverarbeitung verantwortliche Stelle (siehe Ziff. 1) zu richten.

**h) Recht auf Beschwerde (Art. 77 Abs. 1 DS-GVO)**

Wenn Sie Fragen oder Bedenken im Hinblick auf die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten haben, können Sie das jeweilig verantwortliche Regierungspräsidium postalisch oder per E-Mail kontaktieren. Darüber hinaus können Sie Ihr Anliegen auch der bzw. dem behördlichen Datenschutzbeauftragten des Regierungspräsidiums Freiburg zukommen lassen. Die entsprechende Adresse finden Sie unter Ziff. 2.

Wenn Sie der Auffassung sind, dass wir unseren Pflichten nicht oder nicht in

vollem Umfang nachgekommen sind, können Sie unbeschadet anderweitiger Rechtsbehelfe eine Beschwerde erheben bei dem Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Baden-Württemberg (LfDI BW).

<https://www.baden-wuerttemberg.datenschutz.de/>

Stand: 20. Januar 2020